

70 Jahre Deportation der Deutschen in der Sowjetunion

Herausgegeben von der Landesgruppe Niedersachsen der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. anlässlich der Gedenkfeier am 28. August 2011 in Friedland

Gefördert durch die Landesregierung Niedersachsen

Friedland, 28. August 2011: Zentrale Gedenkfeier der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland

Seit ihrer Gründung vor 61 Jahren setzt sich die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland dafür ein, dass unsere Landsleute, die nach Deutschland kommen, gemäß ihrer rechtlichen Position gefördert werden – auch und vor allem auf kulturellem Gebiet, um die Ausprägung eines stimmigen Selbstbildes zu erleichtern.
Zur Ausprägung eines stimmigen Selbstbildes gehört nicht zuletzt die Auseinandersetzung mit den geschichtlichen Wurzeln. Die Landsmannschaft betrachtet es daher als ihre Pflicht, alljährlich im August der Deportation der Deutschen in der Sowjetunion zu gedenken, für die der Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der Sowjetunion vom 28. August 1941 als markantestes Datum steht.



Bernd Neumann



Uwe Schünemann

Die zentrale Gedenkfeier der Landsmannschaft findet wie bereits in den vergangenen Jahren unter Federführung der Landesgruppe Niedersachsen am 28. August (Beginn 14 Uhr; Ende gegen 17 Uhr) im Grenzdurchgangslager Friedland statt.

Programm

- Klassische Musik
- Eröffnungsgebet: **Pastor Martin Steinberg**, Friedland
- Begrüßung: **Lilli Bischoff**, Vorsitzende der Landesgruppe Niedersachsen
- Rede: **Bernd Neumann**, MdB, Staatsminister für Kultur und Medien
- Auftritt von Chören der Landsmannschaft aus Hannover und Wolfsburg
- Ansprache: **Adolf Fetsch**, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft
- Ansprache: **Uwe Schünemann**, Minister für Inneres und Sport des Landes Niedersachsen
- Totenehrung: Pfarrer **Dr. Alexander Hoffmann**, Visitator für die katholischen Deutschen aus den GUS-Staaten
- „Großer Gott, wir loben Dich“
- Deutschlandlied
- Kranzniederlegung an der Friedlandglocke und am Heimkehrerdenkmal

Zum Abschluss ist eine Führung durch die Ausstellung in Friedland vorgesehen. Gespräche bei Kaffee und Kuchen bieten die Gelegenheit zum Austausch mit Landsleuten.

Titelbild: Viktor Hurr: Mobilisierung zur Trudarmee.

Festschrift

70 Jahre Deportation der Deutschen in der Sowjetunion



© 2011
Herausgegeben von der Landesgruppe Niedersachsen
der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V.
Gefördert durch die Landesregierung Niedersachsen.
Raitelsbergstraße 49, 70188 Stuttgart
Tel.: 0711-16650-0, Fax: 0711-2864413
E-Mail: Lmdr-ev@t-online.de, www.deutscheausrussland.de
Redaktion: Hans Kampen
Beiträge: Dr. Alfred Eisfeld, Dr. Victor Herdt, Dr. Viktor Krieger, Nina Paulsen
Herstellung: Druckerei & Verlag Steinmeier, Deiningen

Landesvorsitzende Lilli Bischoff:

Friedland - Tor zur Freiheit und Symbol des neuen Lebens



Lilli Bischoff

Bereits zum fünften Mal in Folge findet die zentrale Gedenkfeier der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, die dem Jahrestag des Deportationserlasses Stalins vom 28. August 1941 gewidmet ist, auf dem Gelände des Grenzdurchgangslagers Friedland statt. Wir, die Landesgruppe Niedersachsen, sind stolz darauf, dass man uns erneut die Aufgabe anvertraut hat, diese für unsere Landsleute so wichtige Veranstaltung zu organisieren.

Die Landsmannschaft hat sich mit gutem Grund für Friedland entschlossen, denn das Grenzdurchgangslager war und ist nicht nur für Millionen von Heimkehrern, Vertriebenen und Flüchtlingen das Tor zur Freiheit und Symbol ihres neuen Lebens, sondern auch für unsere Aussiedler und Spätaussiedler.
Für diese ist Friedland die einzige Erstaufnahmeeinrichtung in Deutschland geblieben. Vor dem Hintergrund stark zurückgehender Spätaussiedlerzahlen und dadurch frei gewordener Kapazitäten wurden die Aufgaben des Grenzdurchgangslagers in den letzten Jahren erweitert. Als „Niedersächsisches Zentrum für Integration“ hat es inzwischen auch Integrationsaufgaben übernommen. Allein im September 2007 wurden in Friedland nicht weniger als 17 Integrationskurse für Spätaussiedler gleichzeitig durchgeführt.
Unser Sport- und Kulturfest, das wir am 25. Juni 2011 unter der Schirmherrschaft des niedersächsischen Innenministers Uwe Schünemann in Friedland veranstaltet haben, war ein Dankeschön an alle, die unsere Landsleute über so viele Jahre herzlich aufgenommen und unterstützt haben - an das Land Niedersachsen, an die Leitung und alle Mitarbeiter des Grenzdurchgangslagers, die Stadtverwaltung Friedland, die Kirchengemeinden, die Wohlfahrtsverbände und nicht zuletzt die Bewohner der Gemeinde Friedland.
Ebenso herzlich ist der Dank, den wir der Niedersächsischen Landesregierung und insbesondere Uwe Schünemann aussprechen. Sie unterstützen die Arbeit der Landesgruppe Niedersachsen der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland seit Jahren in vorbildlicher Weise und sind als Schirmherren und Festredner unserer Veranstaltungen nicht mehr wegzudenken.
Sehr gefreut haben wir uns schließlich über die Bereitschaft des Staatsministers für Kultur und Medien, Bernd Neumann, MdB, die Gedenkrede bei der Feier am 28. August 2011 zu übernehmen und ihr dadurch bundesweite Bedeutung zu verleihen.

Bundesvorsitzender Adolf Fetsch:

70 Jahre Deportation der Deutschen in der Sowjetunion

Für die Landsmannschaftder Deutschen aus Russland steht 2011 ganz im Zeichen der tragischen Ereignisse im Zusammenhang mit dem Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der Sowjetunion vom 28. August 1941 „Über die Übersiedlung der Deutschen, die in den Wolgarayons wohnen".



Adolf Fetsch

In diesem Erlass wurden die Wolgadeutschen ohne jeden Grund der Vorbereitung von Sabotageakten und der Kollaboration mit Hitlerdeutschland bezichtigt, das am 22. Juni 1941 die Sowjetunion angegriffen hatte.
Was dann geschah, haben unsere älteren Landsleute am eigenen Leib verspürt, die anderen wissen es von Erzählungen ihrer Eltern und Großeltern: Vertreibung in die lebensfeindlichsten Gebiete im Osten und hohen Norden des sowjetischen Riesenreiches, Zwangsarbeit unter unmenschlichen Bedingungen, beißende Kälte, Hunger und Tod.
In dem Erlass wurden zwar nur die Wolgadeutschen genannt, von der Deportation waren letztendlich aber alle Deutschen in der Sowjetunion betroffen – ob am Schwarzen Meer, auf der Krim, im Kaukasus, in Wolhynien oder anderen Gebieten. Dutzende weiterer Erlasse und Befehle, Verfügungen und Anordnungen regelten ihre Deportation mit penibler Genauigkeit.
Über eine Million dieser Menschen mussten damals einen schweren Weg antreten, der für Hunderttausende von ihnen in den Tod führte. Sie starben bereits während der Deportation in Viehwaggons, vor allem aber in den berüchtigten stalinistischen Zwangsarbeitslagern.
Obwohl die Verfolgung der Deutschen in der Sowjetunion Stalins Züge eines Genozids trug, wissen die meisten Bundesdeutschen darüber kaum oder gar nicht Bescheid. Die Landsmannschaft führt daher alljährlich im August Gedenkveranstaltungen durch, die daran erinnern, was damals geschehen ist.
Die zentrale Gedenkfeier findet 2011 am 28. August unter der Schirmherrschaft des niedersächsischen Innenministers Uwe Schünemann und mit dem Staatsminister für Kultur und Medien, Bernd Neumann, als Festredner zum wiederholten Male in Friedland statt. Hinzu kommen Gedenkfeiern auf regionaler Ebene. Wir machen mit diesen Veranstaltungen auf das schwere Schicksal der Deutschen in der Sowjetunion aufmerksam und werben um Solidarität mit Menschen, die erst in jüngster Zeit als letzte Opfer des II. Weltkrieges nach Deutschland, in die Heimat ihrer Vorfahren, kommen.

Zeittafel der Deportationen

(zusammengestellt von Dr. Victor Herdt)

Nachstehender Überblick zeigt, in welchem Umfang und mit welcher systematischen Genauigkeit die Deportation der Deutschen in den einzelnen Gebieten der Sowjetunion geplant und durchgeführt wurde.

Juni-
September 1936:

Ca. 15.000 Deutsche aus grenznahen Gebieten der Ukrainischen SSR wurden in das Gebiet Karaganda der Kasachischen SSR zwangsumgesiedelt.

Grundlage:

Verordnung des Rates der Volkskommissare der UdSSR vom 28. April 1936 Nr. 776–120ss.

Juni-August 1941:

27.970 Deutsche wurden in entlegene Regionen der UdSSR deportiert.

Grundlage:

Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 22. Juni 1941 „Über den Kriegszustand"; Befehle von Kriegsräten einzelner Fronten; Direktive des NKWD der UdSSR und des NKGB der UdSSR vom 4. Juli 1941 Nr. 238-131 „Über Maßnahmen zur Umsiedlung von sozialgefährlichen Elementen aus Rayons, über die der Kriegszustand verhängt worden ist".

August 1941:

1.200 Arbeitssiedler, ehemalige Bauern aus grenznahen Gebieten der Ukrainischen SSR, die in die vormals Karelische ASSR zwangsumgesiedelt worden waren, wurden in die ASSR der Komi deportiert.

Grundlage:

Befehl des Volkskommissars des Innern der UdSSR über die Umsiedlung deutscher Arbeitssiedler aus der Karelo-Finnischen SSR in die Komi ASSR (3. August 1941).

August 1941:

Ca. 50.000 Deutsche von der Krim wurden vorübergehend in die Region Ordschonikidse und ca. 3.000 in das Gebiet Rostow zwangs-

Befehle - Erlasse - Beschlüsse - Verordnungen - ein unvollständiger Überblick

Juni 1941: UNKWD der Stadt und des Gebietes Moskau: Am 22. Juni sind alle deutschen Staatsangehörigen zu internieren. Staatenlose Personen deutscher Volkszugehörigkeit sind bei Vorliegen von kompromittierendem Material in Haft zu nehmen.

Juni 1941: UNKWD der Region Krasnojarsk: Anweisungen zur Internierung von Personen deutscher Volkszugehörigkeit und zur Festnahme von Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit nicht besitzen, wenn dafür ausreichend Material vorliegt.

28.6.1941: Direktive des NKWD und des NKGB der UdSSR über die „Umsiedlung sozial-gefährlicher Elemente" aus Gebieten im Kriegszustand.

umgesiedelt. Von September bis Oktober erfolgte ihre Deportation zusammen mit den anderen Deutschen aus diesen Gebieten nach Kasachstan und Sibirien (siehe unten).

Grundlage:

Beschluss des Rates für Evakuierung vom 15. August 1941 Nr. SE-75ss.

Im Oktober 1941 erfolgte eine Nachumsiedlung von 2.233 Deutschen von der Krim in das Gebiet Omsk und in die Kasachische SSR.

August-
November 1941:

Ca. 10.000 Deutsche aus der Stadt und dem Gebiet Leningrad wurden in die Gebiete Omsk und Irkutsk, die Region Krasnojarsk und in die Jakutische ASSR zwangsumgesiedelt. (Es gibt auch Angaben, wonach 6.500 Deutsche aus den Vororten von Leningrad in das Gebiet Dschambul der Kasachischen SSR zwangsumgesiedelt worden seien.)

März 1942:

Nachumsiedlung von Deutschen aus dem Gebiet Leningrad.

Grundlage:

Befehl des Kriegsrats der Leningrader Front vom 26. August 1941 Nr. 196ss „Über die vollständige Evakuierung der deutschen und finnischen Bevölkerung aus den Vororten von Leningrad; Befehl des Kriegsrates der Leningrader Front Nr. 00713 vom 9. März 1942".

3.-20. September 1941:

Ca. 371.000 Deutsche aus der Republik der Wolgadeutschen, ca. 46.700 aus dem Gebiet Saratow und ca. 26.200 aus dem Gebiet Stalingrad in die Kasachische SSR, die sibirischen Regionen Krasnojarsk und Altaj und die sibirischen Gebiete Omsk und Nowosibirsk deportiert.

Grundlagen:

Verordnung des Rates der Volkskommissare der UdSSR und des Zentralkomitees der KPdSU(B) vom 26. August 1941 Nr. 2056-933ss „Über die Umsiedlung aller Deutschen der Republik der Wolgadeutschen und der Gebiete Saratow und Stalingrad in andere Regionen und Gebiete"; Befehl des NKWD der UdSSR vom 27. August 1941 Nr. 001158 „Über Maßnahmen zur Durchführung der Operation zur Aussiedlung der Deutschen aus der Republik der Wolgadeutschen, den Gebieten Saratow und Stalingrad"; Erlass

Juli 1941: Befehl des Volkskommissariats des Innern der UdSSR über die „Umsiedlung" deutscher Arbeitssiedler aus der Karelo-Finnischen ASSR in die ASSR der Komi.

12.8.1941: Verordnung über die „Umsiedlung" der Wolgadeutschen.

August 1941: Befehl des Kriegsrates der Südfront über die „Umsiedlung" der Deutschen aus dem Gebiet Dnjepropetrowsk.

August 1941: Befehl des Kriegsrates der Südwestfront über die „Umsiedlung" der Deutschen aus dem Gebiet Charkow.

August 1941: Befehl des Kriegsrates der Südfront über die „Umsiedlung" der Deutschen von der Krim.

26.8.1941: Befehl des Kriegsrates der Leningrader Front zur „Umsiedlung" von Deutschen und Finnen aus der Stadt und dem Gebiet Leningrad.

28.8.1941: Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der Sowjetunion über die „Übersiedlung der Deutschen, die in den Wolgarayons leben".



Michail (Michael) Disterheft, „Los, los“, aus dem Katalog des Internationalen Verbandes der deutschen Kultur zur Ausstellung „Die Natur des Gedächtnisses. Das Gedächtnis der Natur“, 2001, von Lew Weibert und Michail Disterheft.

des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 28. August 1941 „Über die Übersiedlung der Deutschen, die in den Wolgarayons leben".

August-September 1941:

Alle Deutschen in der Ukrainischen SSR, die als „antisowjetisches Element" eingestuft worden waren, sollten verhaftet und alle Männer deutscher Volkszugehörigkeit im Alter zwischen 16 und 60 Jahren, die sich auf dem Territorium der Ukrainischen SSR aufhielten, sollten für Arbeiten in Baubataillonen des NKWD mobilisiert werden. Diese Maßnahmen konnten wegen des schnellen deutschen Vormarsches nur zum Teil durchgeführt werden. Es wurden dennoch 13 Baubataillone mit 18.600 Deutschen aus der Ukraine aufgestellt und auf vier Objekte des NKWD verteilt – Iwdellag, Solikambumstroj, Bogoslowstroj und Kimpersajlag.

Grundlage:

Beschluss des Politbüros des ZK der WKP(b) vom 31. August 1941 „Über die Deutschen, die auf dem Territorium der Ukrainischen SSR leben".

September 1941:

8.248 (nach anderen Angaben 8.640) Deutsche aus der Stadt und dem Gebiet Moskau wurden in die Gebiete Akmolinsk, Karaganda und Ksyl-Orda sowie über 38.000 (nach anderen Angaben sollen es zwischen 21.400 und 33.300 gewesen sein) Deutsche aus dem Gebiet Rostow, von denen ca. 3.000 ursprünglich dorthin von der Krim „evakuiert" worden waren (siehe oben), in die Gebiete Südkasachstan, Dschambul, Ksyl-Orda der Kasachischen SSR, nach anderen Angaben zum Teil auch in die Region Altaj und in das Gebiet Nowosibirsk deportiert.

31.8.1941: Beschluss des ZKs der KPdSU über die Umsiedlung der Ukraine-Deutschen.

6.9.1941: Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees über die Umsiedlung aus Moskau und Rostow.

6.9.1941: Befehl des Volkskommissariats des Innern der ASSRdWD über die Sicherstellung der Dokumente der ASSR.

7.9.1941: Erlass des Obersten Sowjets über die Aufteilung der ehemaligen ASSRdWD auf die Gebiete Saratow und Stalingrad.

8.9.1941: Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees über die Versetzung deutscher Rotarmisten in die Trudarmee.

21.9.1941: Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR über die „Umsiedlung" der Deutschen aus den Regionen Krasnodar und Ordschonikidse, dem Gebiet Tula sowie der Kabardino-Balkarischen und Nord-Ossetischen ASSR.

Mai-Juni 1942:

Nachumsiedlung der verbliebenen Deutschen im Gebiet Rostow.

Grundlage:

Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR Nr. 636ss vom 6. September 1941 über die Umsiedlung der Deutschen aus der Stadt und dem Gebiet Moskau sowie aus dem Gebiet Rostow; Befehl des Volkskommissars des Innern der UdSSR Nr. 001237 vom 8./9. September 1941 „Über Maßnahmen zur Durchführung der Operation zur Umsiedlung der Deutschen aus der Stadt und dem Gebiet Moskau"; Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees Nr. 1828ss vom 29. Mai 1942.

September-Oktober 1941:

Deportiert wurden:

Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der Sowjetunion vom 28. August 1941 „Über die Übersiedlung der Deutschen, die in den Wolgarayons wohnen“

Laut genauen Angaben, die die Militärbehörden erhalten haben, befinden sich unter der in den Wolgarayons wohnenden deutschen Bevölkerung Tausende und Abertausende Diversanten und Spione, die nach dem aus Deutschland gegebenen Signal Explosionen in den von den Wolgadeutschen besiedelten Rayons hervorrufen sollen. Über das Vorhandensein einer solch großen Anzahl von Diversanten und Spionen unter den Wolgadeutschen hat keiner der Deutschen, die in den Wolgarayons wohnen, die Sowjetbehörden in Kenntnis gesetzt, folglich verheimlicht die deutsche Bevölkerung der Wolgarayons die Anwesenheit in ihrer Mitte der Feinde des Sowjetvolkes und der Sowjetmacht.

Falls aber auf Anweisung aus Deutschland die deutschen Diversanten und Spione in der Republik der Wolgadeutschen oder in den angrenzenden Rayons Diversionsakte ausführen werden und Blut vergossen wird, wird die Sowjetregierung laut den Gesetzen der Kriegszeit vor die Notwendigkeit gestellt, Strafmaßnahmen gegenüber der gesamten Wolgabevölkerung zu ergreifen.

Zwecks Vorbeugung dieser unerwünschten Erscheinungen und um kein ernstes Blutvergießen zuzulassen, hat das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR es für notwendig gefunden, die gesamte deutsche in den Wolgarayons wohnende Bevölkerung in andere Rayons zu übersiedeln, wobei den Überzusiedelnden Land zuzuteilen und eine staatliche Hilfe für die Einrichtung in den neuen Rayons zu erweisen ist. Zwecks Ansiedlung sind die an Ackerland reichen Rayons des Nowosibirsker und Omsker Gebiets, des Altaigaus, Kasachstans und andere Nachbarortschaften bestimmt.

In Übereinstimmung mit diesem wurde dem Staatlichen Komitee für Landesverteidigung vorgeschlagen, die Übersiedlung der gesamten Wolgadeutschen unverzüglich auszuführen und die Versorgung der überzusiedelnden Wolgadeutschen mit Land und Nutzländereien in den neuen Rayons sicherzustellen.

Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, M. Kalinin
Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, A. Gorkin
Moskau, Kreml, 28. August 1941

- 37.300 Deutsche aus der Region Krasnodar in die Gebiete Ostkasachstan, Dschambul, Karaganda, Pawlodar, Semipalatinsk und Südkasachstan der Kasachischen SSR und in das Gebiet Nowosibirsk;
- 88.903 Deutsche aus der Region Ordschonikidse, darunter ca. 50.000 Deutsche von der Krim, die vorübergehend dort angesiedelt worden waren (siehe oben), in die Gebiete Karaganda, Kustanaj, Pawlodar, Nordkasachstan, Semipalatinsk und Südkasachstan der Kasachischen SSR;
- 3.058 Deutsche aus dem Gebiet Tula (darunter 356 Deutsche aus der Stadt Moskau) in das Gebiet Karaganda der Kasachischen SSR;
- 5.083 Deutsche aus der Kabardino-Balkarischen ASSR in das Gebiet Alma-Ata der Kasachischen SSR;
- 2.415 Deutsche aus der Nordosetischen ASSR in das Gebiet Alma-Ata der Kasachischen SSR.

Mai-Juni 1942:

Nachumsiedlung der verbliebenen Deutschen aus der Region Krasnodar.

Grundlage:

Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR Nr. 698ss vom 21. September 1941 „Über die Umsiedlung der Deutschen aus den Regionen Krasnodar und Ordschonikidse, dem Gebiet Tula, der Kabardino–Balkarischen und Nordosetischen ASSR"; Befehl des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten der UdSSR Nr. 001347 vom 22. September 1941 „Über Maßnahmen zur Durchführung der Umsiedlung der Deutschen aus den Regionen Krasnodar und Ordschonikidse, dem Gebiet Tula, der Kabardino–Balkarischen und der Nordosetischen ASSR";

22.9.1941: Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR über die „Umsiedlung" von Deutschen aus den Gebieten Saporoshje, Stalino und Woroschilowgrad.

September 1941: Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees über die „Umsiedlung" von 11.500 Deutschen aus dem Gebiet Kujbyschew.

September/Oktober 1941: Befehl des Kriegsrates der Westfront über die „Umsiedlung" der Deutschen aus dem Gebiet Kalinin.

8.10.1941: Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR über die „Umsiedlung" der Deutschen aus dem Gebiet Woronesch.

8.10.1941: Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR über die „Umsiedlung" der Deutschen aus der Georgischen, der Aserbaidschanischen und der Armenischen ASSR.

15.10.1941: Befehl des NKWD der UdSSR über die „Umsiedlung" der Deutschen aus dem Gebiet Gorkij.

22.10.1941: Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR über die „Umsiedlung" der Deutschen aus der Dagestanischen ASSR und der ASSR der Tschetschenen und Inguschen.

9.3.1942: Befehl des Kriegsrates der Leningrader Front über die „Umsiedlung" der Deutschen aus dem Gebiet Leningrad.

Quellen:

- ***Alfred Eisfeld, Victor Herdt, „Deportation, Sondersiedlung, Arbeitsarmee".***
- ***W.A. Aumann, V.G. Tschebotarewa: „Istorija Rossijskich Nemzew w Dokumentach".***

Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees Nr. 1828ss vom 29. Mai 1942.

September-Oktober 1941:

Deportationen von

- ca. 14.500 (von ca. 53.500) Deutschen aus dem Gebiet Saporoshje nach Kasachstan (geplant war die Zwangsumsiedlung in die Gebiete Aktjubinsk, Dschambul, Karaganda, Ksyl-Orda, Kustanaj und Semipalatinsk) und in das Gebiet Nowosibirsk;
- 35.477 Deutschen aus dem Gebiet Stalino in die Gebiete Alma-Ata, Akmolinsk, Ostkasachstan, Pawlodar und Semipalatinsk der Kasachischen SSR;
- 9.858 Deutschen aus dem Gebiet Woroschilowgrad in die Gebiete Nordkasachstan und Semipalatinsk.

Ein Teil dieses "Kontingents" wurde unterwegs aus den Zügen geholt und für den Straßenbau im Gebiet Astrachan verpflichtet, so dass in den Bestimmungsorten nicht alle ankamen.



Die Deutschen in der Sowjetunion mussten 1941 ihre Heimatorte oft über Nacht verlassen und wurden unter menschenunwürdigen Umständen in die unwirtlichsten Gegenden des Landes abtransportiert. Bild: Viktor Hurr

Die Angaben über die Zahl der deportierten Deutschen aus den drei Gebieten der Ukrainischen SSR variieren sehr stark, weil durch den schnellen Vormarsch der Wehrmacht die Deportationen der Deutschen aus diesen Gebieten zum Teil nicht stattfinden konnten. Im Jahre 1948 wurde in einer statistischen Übersicht des NKWD die Zahl der aus diesen Gebieten Deportierten mit 79.589 (von 109.487) angegeben.

Grundlage:

Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR Nr. 702ss vom 22. September 1941 „Über die Umsiedlung der Deutschen aus den Gebieten Saporoshje, Stalino und Woroschilowgrad"; Befehl des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten der UdSSR Nr. 001354 vom 23. September 1941 „Über Maßnahmen zur Durchführung der Umsiedlung der Deutschen aus den Gebieten Saporoshje, Stalino und Woroschilowgrad".

15.-22. Oktober 1941 und Juni 1942:

5.308 Deutsche aus dem Gebiet Woronesch wurden in die sibirischen Gebiete Omsk und Nowosibirsk zwangsumgesiedelt.

Grundlage:

Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR Nr. 743ss vom 8. Oktober 1941 „Über die Umsiedlung der Deutschen aus dem Gebiet Woronesch"; Befehl des NKWD der UdSSR Nr. 001488 vom 11. Oktober 1941 „Über Maßnahmen zur Durchführung der Umsiedlung der Deutschen aus dem Gebiet Woronesch".

15.-30. Oktober 1941:

Deportiert wurden:

- aus der Georgischen SSR ca. 20.400 (von 23.580) Personen deutscher Volkszugehörigkeit über Baku und Krasnowodsk in die Gebiete Alma-Ata, Dschambul, Südkasachstan, Pawlodar und Semipalatinsk der Kasachischen SSR;
- aus der Aserbaidschanischen SSR ca. 22.700 deutsche Volkszugehörige (von 22.841 registrierten) über Baku und Krasnowodsk in die Gebiete Akmolinsk, Kustanaj, Karaganda, Nordkasachstan und Pawlodar der Kasachischen SSR;
- ca. 200 Personen deutscher Volkszugehörigkeit aus der Armenischen SSR über Baku und Krasnowodsk in das Gebiet Pawlodar der Kasachischen SSR.

Grundlage:

Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR Nr. 744ss vom 8. Oktober 1941 "Über die Umsiedlung der Deutschen aus der Georgischen, der Aserbaidschanischen und der Armenischen SSR; Befehl des NKWD der UdSSR Nr. 001487 vom 11. Oktober 1941 über Maßnahmen des NKWD zur Durchführung der Umsiedlung der Deutschen aus der Georgischen, der Aserbaidschanischen und der Armenischen SSR".

20.-23. Oktober 1941:

2.544 (nach anderen Angaben 3.162) Deutsche aus dem Gebiet Gorkij wurden in das sibirische Gebiet Omsk deportiert.

Grundlage:

Befehl des NKWD der UdSSR Nr. 001507 vom 15. Oktober 1941 „Über Maßnahmen zur Umsiedlung der Deutschen aus dem Gebiet Gorkij". (In dem Befehl gibt es einen Verweis, dass die Umsiedlung auf Grund eines Beschlusses des Staatlichen Verteidigungskomitees erfolgte.)

25.-30. Oktober 1941:

Aus der Dagestanischen ASSR wurden 7.306 (registriert waren lediglich 4.012, zur Um-

siedlung waren 4.580 vorgesehen) in das Gebiet Akmolinsk der Kasachischen SSR zwangsumgesiedelt.

Grundlage:

Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR Nr. 827ss „Über die Umsiedlung der Deutschen aus der Dagestanischen ASSR und der ASSR der Tschetschenen und Inguschen"; Befehl des NKWD der UdSSR Nr. 001529 vom 24. Oktober 1941 „Über Maßnahmen zur Umsiedlung der Deutschen aus der Dagestanischen ASSR und der ASSR der Tschetschenen und Inguschen".

Oktober- November 1941:

Deutsche aus Industriezentren und -gebieten wurden in landwirtschaftliche Regionen umgesiedelt.

Grundlage:

Verordnung des Sownarkom der UdSSR vom 30. Oktober 1941 Nr. 57–k „Über die Ansiedlung von Personen deutscher Nationalität aus Industriegebieten in landwirtschaftlichen Regionen".

3.-10. November 1941:

Deportation von 5.525 (von ca. 6.000 registrierten) Deutschen aus der Kalmückischen ASSR in das Gebiet Akmolinsk der Kasachischen SSR.

Grundlage:

Verordnung des Rates der Volkskommissare der UdSSR vom 2. November 1941 Nr. 84–ks „Über die Umsiedlung der Deutschen aus der Kalmückischen ASSR"; Befehl des NKWD der UdSSR Nr. 001543 vom 3. November 1941 „Über Maßnahmen zur Durchführung der Umsiedlung der Deutschen aus der Kalmückischen ASSR".

November 1941:

Deutsche wurden aus grenznahen Gegenden des Gebiets Tschita ins Gebietsinnere zwangsumgesiedelt.

Grundlage:

Verordnung des Sownarkom der UdSSR vom 14. November 1941 Nr. 180–ks „Über die Umsiedlung von Personen deutscher Nationalität aus Grenzgebieten ins Hinterland innerhalb des Gebiets Tschita".

1.-10. Dezember 1941:

Deportation von 8.665 (nach anderen Angaben 8.787) Deutschen aus der Stadt und dem Gebiet Kujbyschew (registriert waren ca. 11.500 Deutsche) in die Gebiete Karaganda und Nordkasachstan der Kasachischen SSR.

Grundlage:

Verordnung des Sownarkom der UdSSR vom 21. November 1941 Nr. 280–ks „Über die Aussiedlung der Deutschen aus dem Gebiet Kujbyschew"; Befehl des NKWD der UdSSR Nr. 001790 vom 23. November 1941 über Maßnahmen zur Durchführung der Umsiedlung der Deutschen aus dem Gebiet Kujbyschew".

Deportationen von Deutschen auf Grund von Befehlen von Kriegsräten einzelner Fronten erfolgten je nach Vormarsch der Wehrmacht aus

- dem Gebiet Charkow in die Kasachische SSR – 851 Personen;
- dem Gebiet Dnjepropetrowsk in die Kasachische SSR (nach anderen Angaben in die Region Altaj) – 3.384 Personen;
- dem Gebiet Odessa in die Region Altaj – ca. 6.000 Personen.

Juni 1942

Nach der Befreiung des Gebiets Kalinin durch die Rote Armee wurden 267 Deutsche in das Gebiet Omsk deportiert.

Dr. Viktor Krieger

Vorgeschichte und Umstände der Deportation im Jahre 1941*

Vorboten der Katastrophe

Den unmittelbaren Anlass zur Auflösung der Autonomen Wolgadeutschen Republik und zur Einleitung der totalen Deportation der deutschen Minderheit konnte ein Brief der Politbüro-Mitglieder Andrei Schdanow, Wjatscheslaw Molotow und Georgi Malenkow an Stalin vom 24. August 1941 geben, in dem sie ihn über den vereinbarten Beschluss informierten, die Aussiedlung von 88.700 Finnen und 6.700 Deutschen aus dem Gebiet Leningrad unverzüglich einzuleiten.[1]
Schon Wochen zuvor drängte die militärische Führung, ähnlich wie im Ersten Weltkrieg, mit Hinweisen auf die „verräterischen" Aktivitäten der deutschen Bevölkerung auf ihre Ausweisung aus den frontnahen Gebieten. So traf am 3. August 1941 im Hauptquartier des Oberkommandos der sowjetischen Streitkräfte folgende Gefechtsmeldung des Kriegsrats der Südfront ein[2]:

1. *Die Kriegshandlungen am Dnjestr haben gezeigt, dass die deutsche Bevölkerung auf unsere zurückweichenden Truppen aus Fenstern und Gärten schoss. Es wurde ferner festgestellt, dass die einmarschierenden deutschen Truppen am 1. August in einem deutschen Dorf mit Brot und Salz begrüßt wurden. Auf dem Territorium der Front gibt es eine Vielzahl von Siedlungen mit deutscher Bevölkerung.*
2. *Wir bitten, den örtlichen Machtorganen Anweisungen über die unverzügliche Aussiedlung der unzuverlässigen Elemente zu geben."*

Bis heute gibt es keine Belege dafür, dass derartige Aktionen irgendwo tatsächlich stattfanden. Immerhin trug dieses Telegramm Stalins Vermerk „*Towarischtschu Berija. Nado wyselit s treskom!* – Dem Genossen Berija. Raus mit ihnen, dass die Türen knallen!" und wies noch einen weiteren Eintrag auf: „Dem Volkskommissar *(Berija - V.K.)* wurde dies mitgeteilt. 25.8.41." Drei Wochen lang lag diese Gefechtsmeldung auf Stalins Tisch, bevor er den passenden Zeitpunkt gekommen sah und mit einem wohl kalkulierten Wutausbruch („Raus mit ihnen...") die Verbannung der als illoyal empfundenen „heimischen" Deutschen einleitete. Bezeichnenderweise betraf diese Anweisung vorerst nicht die beschuldigten Schwarzmeer-, sondern die weit von der Front entfernt gelegenen und „unverdächtigen" Wolgadeutschen. Das kann nur mit der Absicht erklärt werden, die angebliche Illoyalität der Deutschen für die Liquidation der autonomen Republik zu nutzen.

Entschluss zur Deportation

Noch am selben Tag bereitete der NKWD-Chef eine Vorlage über die Aussiedlung der

* *Vom Autor durchgesehene Fassung des Erstdruckes von: Vorgeschichte und Umstände der Deportation der Russlanddeutschen im Jahr 1941, in: VadW, Nr. 8-9/2006, S. 14-16.*

Deutschen aus dem Wolgagebiet vor und reichte sie ins Politbüro ein. Am 26. August 1941 ordnete Stalin, unterstützt von seinen engsten Mitarbeitern und Anhängern, die Aussiedlung der Wolgadeutschen an. Dies wurde als Entscheidung des ZK der bolschewistischen Partei und der Regierung getarnt. In diesem streng geheimen Beschluss, der sich nur an einen engeren Kreis der Partei- und Staatsführer richtete, fehlten jegliche Schuldzuweisungen. Die aus insgesamt 19 Artikeln bestehende Direktive vermittelt den Eindruck einer Anweisung zur planmäßigen Übersiedlung.[3]

Einen Tag später erließ das Ministerium des Innern, zuständig für solche „Menschentransfers", zwei wichtige Anordnungen. Es handelte sich zum einen um den Befehl Nr. 001158, unterschrieben von Berija, „Über Maßnahmen zur Durchführung der Operation zur Umsiedlung der Deutschen aus der Wolgadeutschen Republik, aus den Gebieten Saratow und Stalingrad". Die Deportation sollte am 2. September beginnen und bis zum 20. September abgeschlossen sein.

Das zweite Dokument hieß „Instruktion zur Durchführung der Umsiedlung der Deutschen, die in der ASSR der Wolgadeutschen, in den Gebieten Saratow und Stalingrad ansässig sind". Die ersten Zeilen dieser Handlungsanweisung ließen an dem totalen Charakter dieser Maßnahme keinen Zweifel: „Überzusiedeln sind alle Einwohner deutscher Nationalität, die in den Städten und ländlichen Siedlungen der ASSRdWD, der Gebiete Saratow und Stalingrad leben. Mitglieder der Partei und des kommunistischen Jugendverbands Komsomol sind gleichzeitig mit den anderen umzusiedeln."

Einzig Frauen, deren Ehemänner keine Deutschen waren, blieben von der Verbannung verschont.[4]

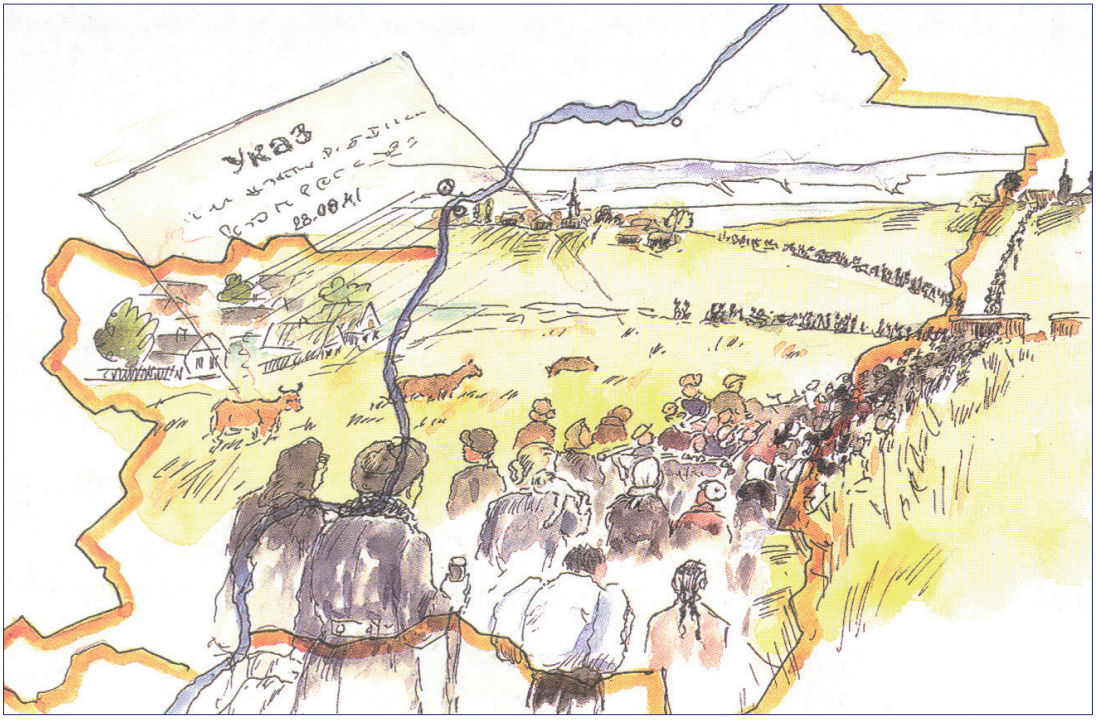
Da es sich um die Auflösung einer in der Unionsverfassung erwähnten autonomen Republik handelte, ließ das Politbüro am 28. August 1941 einen mit fadenscheinigen Kollaborationsvorwürfen bestückten Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR verabschieden, der von dem willenlosen nominellen Staatsoberhaupt Michail Kalinin unterschrieben wurde.

Im Gegensatz zu dem „intern" verfassten Regierungs- und Parteibeschluss wurde im Erlass vom 28. August gegen die Deutschen die schwerwiegende Anklage von „Tausenden und Zehntausenden Diversanten und Spionen" unter ihnen erhoben und sie somit zu Feinden des Sowjetstaates erklärt.

Die Verbannung der deutschen Diasporagruppen aus dem übrigen europäischen Teil der Sowjetunion erfolgte in den darauf folgenden Wochen und Monaten auf geheime Beschlüsse des Staatlichen Verteidigungskomitees (GKO) sowie auf Befehle des NKWD und der Kriegsräte einzelner Fronten hin. In einigen Fällen wurde die Anordnung über die Ausweisung durch den Rat der Volkskommissare der UdSSR oder die jeweilige Unionsrepublik verfasst.[5]

In der darauf folgenden Zeit zettelte das Kommissariat des Inneren eine regelrechte Jagd auf Sowjetbürger deutscher Herkunft an, um die noch nicht registrierten Personen zu erfassen und abzuschieben:[6]

> *"Weil eine Registrierung der Deutschen in der Stadt Tula fehlte, wird zur Zeit seitens der Milizverwaltung eine verdeckte Arbeit zum Aufspüren aller auf dem Territorium*



Alexander Wormsbecher: „Erlass 1941 - Vertreibung“, aus der Privatsammlung von Reinhold Zielke („Scheunenmuseum“ Nidda).

der Stadt wohnhaften Deutschen durch die Wohnungsämter abgewickelt. Außerdem wird dieselbe Arbeit von Sonderabteilungen der Betriebe und Behörden... und der verdeckten Informanten der operativen Abteilungen des NKWD ausgeführt. Diese Arbeit muss am 27. September dieses Jahres [1941] vollendet sein.“

Verhalten der Betroffenen und der Mehrheitsbevölkerung

Noch am 29. August – drei Tage nach dem geheimen Deportationsbeschluss – erschien in der Republikzeitung „Nachrichten“ ein Leitartikel, in dem unter anderem zu lesen war: „Unser Volk, das Sowjetvolk der freien und glücklichen ASSRdWD, ist stolz, dass es in diesem großen Krieg um die Unabhängigkeit unseres Vaterlandes in einer Reihe mit dem großen russischen Brudervolke, mit allen Völkern der Sowjetunion kämpft.“
Diese Nummer enthielt zudem ausführliche Schilderungen über den Heldentod des wolgadeutschen Komsomolzen Heinrich Hoffmann aus dem Kanton Krasny Kut, worüber einige Tage zuvor die zentrale sowjetische Jugendzeitung „Komsomolskaja Prawda“

berichtet hatte, und druckte den Schwur seiner Krasny Kuter Verbandsgenossen ab.
Der am nächsten Tag veröffentlichte Erlass „Über die Übersiedlung der Deutschen, die in den Wolgarayons wohnen“ erschütterte daher die Betroffenen zutiefst und rief Fassungslosigkeit und Empörung hervor; es kam jedoch zu keinen offenen Protestaktionen.
Der Geheimdienst verzeichnete folgende Aussagen: „Wovon der Zarismus geträumt hat – die Deutschen nach Sibirien zu verbannen – wird jetzt verwirklicht.“ „Das war zu erwarten gewesen. Hitler beginnt Russland immer mehr in die Enge zu treiben, bald werden die deutschen Truppen bis nach Stalingrad und Engels vorstoßen, deshalb fährt man uns raus.“[7]
In der Stadt und im Gebiet Moskau versuchten vier Personen nach der Bekanntgabe des Aussiedlungsbefehls, Selbstmord zu begehen. Ein Ehepaar nahm sich das Leben, weil die Frau aus gesundheitlichen Gründen nicht wegziehen konnte.
Eine derartige Verleumdung und Erniedrigung ungeachtet individueller „Verdienste“ nach 1917 wirkte besonders enttäuschend auf die Partei- und Komsomolmitglieder, auf die deutschen Funktionäre und den Großteil der „neuen“ Intelligenz.
Schmerzliche Desillusion trieb einige Führungskräfte trotz Parteidisziplin zu originellen Protestaktionen: Der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der ASSRdWD, Alexander Heckmann, der noch einige Wochen zuvor das „glückliche und wohlhabende“ Leben der Wolgadeutschen als gleichberechtigte Nation im „Bruderbunde der Sowjetvölker“ gepriesen hatte, fuhr vor der Abreise nach Sibirien mit seinem Dienstwagen auf den Stadtmarkt in Engels. Dort begann er „demonstrativ“, Hausratgegenstände und Kleidungsstücke anzubieten. „Sogar den Ministerpräsidenten haben sie gezwungen, private Sachen auf dem Basar zu verkaufen“, soll Heckmann in diesem Zusammenhang gesagt haben. Für diese „antisowjetische“ Handlung schloss man ihn umgehend aus der Partei aus.[8]
In der Stadt Naltschik, der Metropole der nordkaukasischen Republik Kabardino-Balkarien, wandte sich der Deutsche Heller, ein Parteianwärter, bei der Bekanntmachung der Aussiedlung zum Sekretär der Stadtparteikomitees und schleuderte ihm sein Mitgliedsbuch entgegen mit den Worten: „Wieso demütigen sie uns und vernichten ehrliche Leute? Ich fahre nicht, soll man mich doch erschießen!“
Aber selbst verbaler Ungehorsam war eine Ausnahme; die überwältigende Mehrheit der Deutschen fügte sich widerstandslos ihrem Schicksal.
Die Reaktionen der andersethnischen Bevölkerung auf die Verbannung der Russlanddeutschen waren unterschiedlich. In engeren Freundes- und Verwandtschaftskreisen sowie unter Kollegen am Arbeitsplatz gab es Beispiele von Solidarität, Menschlichkeit und Unterstützung, die von den Behörden angeprangert wurden.
Einige prominente Persönlichkeiten deutscher Herkunft konnten dank Bittgesuchen einflussreicher Freunde vor Ausweisung, beruflicher Degradierung und Einweisung ins Arbeitslager bewahrt werden.
Das Schicksal des bedeutenden Pianisten und Pädagogen Heinrich Neuhaus ist ein Beispiel dafür. Er wurde am 4. November 1941 als

Deutscher in Moskau verhaftet und danach in die Verbannung geschickt. Dank der Bemühungen seiner Schüler und Kollegen, u.a. Dmitri Schostakowitsch, bekam er die Erlaubnis, in Swerdlowsk zu wohnen und am Konservatorium zu unterrichten, bevor er 1944 wieder nach Moskau zurückkehren durfte.[9]

Nur ganz wenige Zeitgenossen hatten den Mut, wenn auch nur in privater Umgebung, die Deportationen als Verbrechen zu bezeichnen. Zu diesen Aufrichtigen gehörte der weltberühmte Schriftsteller Boris Pasternak, der in einem Brief an seine Frau Sinaida Nikolaewna am 12. September 1941 schrieb:[10]

> *„Schon vor einigen Tagen wurde über die totale Aussiedlung der ganzen Republik der Wolgadeutschen (bis zu einer Mio. Menschen) nach Zentralasien oder hinter das Altaj-Gebirge gesprochen. Und plötzlich erreicht es die Moskauer Deutschen, beispielsweise Rita William. Ausgerechnet in dieser schrecklichen regnerischen Nacht [in der dieser Brief niedergeschrieben wurde] haben in Peredelkino Kaisers und Elsners davon erfahren, ehrliche, unschuldige und arbeitsame Leute, die bei Pawlenkos wohnen. Sie müssen morgen nach Kasachstan, hinter Taschkent, ausziehen. Die ganze Nacht hat mich das bedrückt. Wie viel Leid und Übel gibt es doch überall, zu welchen Höhen ballt sich die menschliche Verwüstung, wie viele Aufrechnungen, die sich oft überdecken, bewahrt die menschliche Rachsucht, wie viele Jahrzehnte sollen bis zur beiderseitigen Versöhnung in der Zukunft vergehen?“*

Solche Ansichten gehörten jedoch zu den Ausnahmen. Wie es in Diktaturen üblich ist, schwiegen die meisten oder schauten weg. Durch die seit Mitte der 1930er Jahre in Gang gesetzte großrussische Interpretation der Geschichte war die sowjetische Bevölkerung für die Aufnahme von antideutschen Ressentiments empfänglich geworden.

Weder in den Städten Moskau, Engels oder Saratow, wo vor den Augen russischer, ukrainischer, jüdischer oder tatarischer Nachbarn und Arbeitskollegen Deutsche in Sammelstellen der Miliz getrieben und in Güterzügen verfrachtet wurden, noch auf dem Lande kam es zu einem offenen Protest gegen diese Aktionen.

Nicht wenige billigten dieses Vorgehen. Von der massiven Hasspropaganda verblendet, konnten oder wollten die Einwohner des Landes zwischen ihren deutschen Landsleuten und dem Aggressor keinen Unterschied machen: „Es ist gut, dass die Deutschen umgesiedelt werden, längst hätte dies geschehen müssen, unter ihnen sind viele Spione. Die Deutschen an der Front misshandeln unsere Kämpfer und unsere friedlichen Einwohner.“[11]

Nach der Verbannung

Eine nicht unbeträchtliche Zahl der ehemaligen Nachbarn beteiligte sich sogar an Diebeszügen in die nun herrenlosen Siedlungen, so dass das Saratower Gebietsparteikomitee am 22. September 1941, wenige Tage nach der Verbannung, in einer Sitzung die „beispiellosen Plünderungen“ der verlassenen und requirierten Güter geißelte.

Ähnliche Vorkommnisse gab es in anderen von den Deutschen zurückgelassenen Orten. Am 24. Januar 1942 erließ Michail Suslow, Sekretär des Regionsparteikomitees Stawropol im Nordkaukasus, eine beson-

dere Anordnung zur erneuten Bestandsaufnahme und zum wirksamen Schutz des bei den Deutschen konfiszierten privaten und kolchoseigenen Besitzes, der sonst verfallen oder ausgeraubt worden wäre.[12]

Um die Erinnerung an die einstigen Einwohner des Wolgagebiets endgültig zu eliminieren, verfügte das Präsidium des Obersten Sowjets der Russischen Föderation im Erlass vom 19. Mai 1942 die Russifizierung der deutschen Ortsnamen.

Einige Siedlungen hatten schon früher deutsch-russische Namen gehabt; ab sofort durften nur die letzteren benutzt werden. Die anderen erhielten größtenteils patriotische sowjetrussische Toponyme: die Stadt Balzer hieß nun *Krasnoarmejsk*, d.h. Rotarmist; eine der ältesten und größten wolgadeutschen Siedlungen, Marienthal (gegr. 1766), mutierte zu *Sowetskoje*; Jost wurde nun in *Oktjabrskoje* umbenannt usw.

Wo es aus verbliebenen ideologischen Gründen gewisse Hemmungen gab, handelte man zurückhaltender: Die ehemalige Hauptstadt Engels durfte ihren erst im Oktober 1931 verliehenen Namen beibehalten; von Marxstadt blieb nur die erste Hälfte übrig; der verräterische Zusatz -stadt musste weg.[13] Entsprechende Umbenennungen fanden in allen Republiken und Provinzen, aus denen die Deutschen zwangsausgesiedelt wurden, statt.

Anmerkungen

1 *Musaev V.: Političeskaja istorija Ingermanlandii v konce XIX-XX veke [Politische Geschichte Ingermanlands Ende des 19. und im 20. Jahrhundert]. Kischinew, St.-Petersburg 2001, S. 256-257.*

2 *Alfred Eisfeld, Victor Herdt (Hg.): Deportation, Sondersiedlung, Arbeitsarmee: Deutsche in der Sowjetunion 1941 bis 1956. Köln 1996, S. 45.*

3 *Der vollständige Text dieses Beschlusses ist nachgedruckt in: German, A.: Istorija Respubliki nemcev Povolž'ja v sobytijach, faktach, dokumentach [Geschichte der deutschen Wolgarepublik in Ereignissen, Fakten, Dokumenten]. 2-e Auflage. Moskau 2000, S. 229-233.*

4 *Der Text des Befehles: Deportacii narodov SSSR (1930-e – 1950-e gody). Deportacija nemcev (sentjabr' 1941-fevral' 1942 gg.) [Deportationen der Völker der UdSSR (1930er-1950er Jahre). Deportation der Deutschen (September 1941 - Februar 1942)]. Moskau 1995, S.70-74. Für die Instruktion gibt es eine deutsche Übersetzung: Eisfeld/Herdt (1996), S. 50-53. In zeitgenössischen behördlichen Dokumenten ist anstelle von „Deportation" kaschierend lediglich von „Umsiedlung" die Rede.*

5 *Die meisten Befehle aus dem Jahr 1941, die die Deportation der deutschen Minderheit aus einzelnen Territorien, Regionen und sogar Städten (Moskau, Gorki) im europäischen Russland anordnen, sind in der Dokumentation von Eisfeld/Herdt nachzulesen.*

6 *Deportacii narodov (1995), S. 116.*

7 *German (2000), S. 239.*

8 *Viktor Krieger: Sowjetische Kriegspropaganda und die Deportation der Russlanddeutschen, in: ders., Russlanddeutsche nach 1941 als Personen minderen Rechts: Deportation, Zwangsarbeitslager, Germanophobie, geheimpolizeiliche Verfolgung, 2008 (im Druck).*

8 *Neuhaus, Militsa: Über das Leben von Heinrich Neuhaus, in: Heinrich Neuhaus (1888-1964) zum 110. Geburtsjahr. Aspekte interkultureller Beziehung in Pianistik und Musikgeschichte zwischen dem östlichen Europa und Deutschland. Sinzig 2000, S.101-108.*

10 *Pis'ma B.L. Pasternaka k žene Z.N. Nejgauz-Pasternak [Boris L. Pasternaks Briefe an seine Frau Sinaida N. Neuhaus-Pasternak]. Moskau 1993, S. 137. Margarita (Rita) William war die Schwester der Frau seines Bruders Alexander Pasternak. Petr Pawlenko wohnte in der Nachbarschaft zu Pasternak in der Schriftstellersiedlung Peredelkino.*

11 *Krieger (2008), im Druck.*

12 *ibid.*

13 *Alfred Eisfeld (Hrsg.): Karta ASSR nemcev Povolž'ja - Karte der ASSR der Wolgadeutschen. Texthandbuch. Göttingen 1997, S. 27, 30-31. Dieses Dekret bezog sich auf das Gebiet Saratow. Umbenennungen der deutschen Toponyme der Kantone (Rayons), die dem Gebiet Stalingrad zugeschlagen wurden, ordnete ein ähnlicher Ukas vom 4. April 1942 an.*

Zur Rehabilitation der Volksgruppe

2011 jährt sich der Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der Sowjetunion vom 28. August 1941 „Über die Übersiedlung der Deutschen, die in den Wolga-Rayons leben“ zum 70. Mal.

Gemeinsam sollten wir uns aus diesem Anlass daran erinnern, dass das Jahr 1941 zum tragischen Wendepunkt in der Geschichte der Deutschen in der Sowjetunion wurde.

Sie wurden aus dem europäischen Teil des Landes nach Sibirien, Kasachstan und Mittelasien deportiert und fast 15 Jahre lang in Sondersiedlungen, in der „Trudarmee“, in Straflagern und in Gefängnissen festgehalten.

Hunderttausende von ihnen starben den Hungertod, erlagen ihren Verletzungen oder trugen bleibende gesundheitliche Schäden davon.

Unsere Volksgruppe hat ihre historisch gewachsenen Siedlungen, das persönliche und kollektive Eigentum, alle Kultur- und Bildungseinrichtungen für immer verloren.

Wir verkennen nicht den Auslöser dieser Katastrophe - den von Deutschland verursachten Krieg. Wissenschaftlich belegt ist aber auch, dass unsere Landsleute keine Gefahr für die Sowjetunion und die Rote Armee darstellten. Sie waren keine „fünfte Kolonne“.

Die Bundesrepublik Deutschland bekennt sich zur historischen Verantwortung für die Kriegsfolgen, von denen sich unsere Volksgruppe bis heute nicht erholt hat.

Die Aufnahme von über 2,5 Millionen Aussiedlern und Spätaussiedlern und ihren Familienangehörigen aus der ehemaligen Sowjetunion und die Hilfen für die Deutschen, die in Russland und anderen GUS-Republiken bleiben werden, sind ein sichtbares Zeichen dafür.

Die Russische Föderation hat in ihrem Zuständigkeitsbereich ebenfalls eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um das Schicksal der politisch Repressierten zu erleichtern und ihnen eine Lebensperspektive zu geben.

Wir vermissen aber bis heute schmerzlich eine politische Rehabilitierung unserer Volksgruppe. Mehrfach wurde bereits an den Präsidenten Russlands und den Ministerpräsidenten die Bitte um ein klares Bekenntnis zur Vergangenheit, um einfühlsame Worte des Bedauerns und des Mitgefühls gerichtet.

Der 70. Jahrestag der Deportation der Wolgadeutschen wäre der geeignete Zeitpunkt, und Tscheljabinsk oder Iwdel wären dafür passende Orte.

Die Verfolgung der Deutschen in der Stalin-Ära wurde nicht von der Russischen Föderation durchgeführt, sondern von der Sowjetunion. Sie kann aber mit der politischen Rehabilitation ein für die Zukunft wichtiges Zeichen setzen.

Aus der Stellungnahme des Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft, Adolf Fetsch, zur Sitzung der 16. Deutsch-Russischen-Regierungskommission für Angelegenheiten der Russlanddeutschen vom 15. bis 16. April 2010 in Potsdam

Deutsche in der Sowjetunion - 1939 und 1989

Das Ausmaß der Deportationen, zu deren Opfer die Deutschen in der UdSSR wurden, zeigt sich bei einem Vergleich der Volkszählungen des Landes in den Jahren 1939 und 1989: Vor dem II. Weltkrieg wohnten lediglich etwa 20% der Russlanddeutschen im asiatischen Teil des Landes. Die meisten von ihnen lebten unter sich und auf dem Land. 50 Jahre später erstreckten sich ihre Siedlungsgebiete vor allem über Kasachstan, Kirgisien und andere zentralasiatische Republiken, über Sibirien und den Ural. Dort lebten nun beinahe 90% der verstreuten Deutschen in Städten und auf dem Land, zusammen mit Angehörigen anderer Völker und anderer Konfessionen.

Republiken und Regionen	Volkszählung 1939	Volkszählung 1989
UdSSR insgesamt	1.427.232	2.038.341
davon RSFSR	862.504	842.033
unter anderem in:		
ASSR der Wolgadeutschen*	66.685	
Gebiete Saratow und Stalingrad (Wolgograd)	66.721	45.076
Nordkaukasus (ohne autonome Republiken)	109.994	52.453
Sibirien	105.391	470.763
ASSR Krim**	51.299	--
Ural	38.441	157.447
andere Regionen der RSFSR	123.673	116.294
Ukrainische SSR	392.458	37.849
Kasachische SSR	92.571	957.518
Aserbaidschanische SSR	23.133	748
Georgische SSR	20.527	1.546
Kirgisische SSR	1.741	101.309
Usbekische SSR	10.049	39.809
Weißrussische SSR	8.448	3.517
Turkmenische SSR	3.346	4.434
Tadschikische SSR	2.022	32.671
Armenische SSR	433	265
Moldauische SSR	--	7.335
Estnische SSR	--	3.466
Lettische SSR	--	3.783
Litauische SSR	--	2.058

*** Nach 1941 wurde das Territorium der ASSR der Wolgadeutschen zwischen den Gebieten Saratow und Stalingrad (seit 1961 Wolgograd) aufgeteilt.**

**** Nach 1954 gehörte das Gebiet Krim (seit 1990 wieder eine Autonome Republik) zur Ukraine.**

Tabelle aus: „Deutsche aus Russland gestern und heute“, Stuttgart 2006

Dr. Alfred Eisfeld

Arbeitskolonnen*

Auszug aus dem Artikel „Sind die Deutschen aus der UdSSR Vertriebene?“

Am 10. Januar 1942 beschloss das Staatliche Verteidigungskomitee, etwa 120.000 deutsche Männer im Alter von 17 bis 50 Jahren zur Verrichtung von Arbeiten in besonderen „Arbeitskolonnen“ der „Arbeitsarmee“ zu mobilisieren.[1] Am 14. Februar 1942 wurde die Mobilisierung aller noch verbliebenen Männer dieser Jahrgänge angeordnet.

Auf Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees vom 7. Oktober 1942 wurden zusätzlich Männer im Alter von 15-16 und von 51-55 Jahren eingezogen.[2]

Zugleich wurde die Mobilisierung aller Frauen im Alter zwischen 16 und 45 Jahren zum Einsatz in Arbeitskolonnen für die gesamte Dauer des Krieges verfügt. Von der Mobilisierung wurden nur Schwangere und Frauen ausgenommen, die Kinder unter drei Jahren zu betreuen hatten. Ziff. 3 dieses Beschlusses sah vor: „Kinder über drei Jahre werden den anderen Mitgliedern der jeweiligen Familie in Pflege gegeben. Sind keine anderen Familienmitglieder außer den zu Mobilisierenden vorhanden, so werden die Kinder den nächsten Angehörigen oder den deutschen Kolchosen in Pflege gegeben. Die örtlichen Sowjets der Werktätigendeputierten werden verpflichtet, Maßnahmen zur Unterbringung der ohne Eltern bleibenden Kinder der zu mobilisierenden Deutschen zu ergreifen.“[3]



Viktor Hurr: Im Arbeitslager.

Nach Berechnungen wurden ca. 246.000 russlanddeutsche Männer im Alter zwischen 15 und 50 Jahren und ca. 70.000 russlanddeutsche Frauen im Alter zwischen 16 und 45 Jahren in die „Arbeitsarmee“ eingezogen. V. Krieger kommt in seinen Untersuchungen zu einer Gesamtzahl von 350.000 deutschen Zwangsarbeitern, d. h. dass jeder Dritte aus dieser

Verteilung der russlanddeutschen Zwangsarbeiter auf die Bauobjekte und Straflager des NKWD, Rekrutierungen im Januar-Februar 1942

Lager/Einsatzort	Beschluss des GKO Nr. 1123 vom 10. Januar 1942	Beschluss des GKO Nr. 1281 vom 14. Februar 1942	Zusammen, Zahl der Mobilisierten	Art der Haupt-tätigkeit
Swijashsk-Uljanowsk*	---	17.823	17.823	Bau einer Eisenbahnlinie
Bakalstroj (Tscheljab-metallurgstroj)**	11.722	14.758	26.490	Bau eines Hüttenkombinats
Iwdellag***	12.899	---	12.899	Holzschlag
Bogoslowlag-BASstroj***	6.900	5.411	12.311	Bau eines Buntme-tallkombinats
Sewurallag***	8.441	---	8.441	Holzschlag
Tagillag-Tagilstroj***	2.870	501	3.371	Bau eines Hüttenkombinats
Tawdinlag***	1.918	---	1.918	Holzschlag
Usollag****	4.940	---	4.940	Holzschlag
Solikamstroj****	2.396	141	2.537	Bau einer Papier- und Pulverfabrik
Wjatlag*****	6.800	45	6.845	Holzschlag
Sewsheldorstroj******	4.753	900	5.653	Bau einer Eisenbahnlinie
Kraslag*******	5.084	339	5.423	Holzschlag
Umaltlag-Umaltstroj********	---	952	952	Transportbau-arbeiten
Insgesamt rekrutiert	**68.723**	**40.870**	**109.593**	

GKO – Gosudarstvenny Komitet Oborony (Staatliches Verteidigungskomitees), das höchste Staats- und Regierungsorgan in der UdSSR während des Krieges.
Hier soll berücksichtigt werden, dass etwa 25.000 Personen dem Volkskommissariat für Eisenbahnverkehr und der Rest dem NKWD zugeteilt wurden. Beide Aushebungen betrafen insgesamt 133.900 Männer.

Dislokation:
* Gebiet Uljanowsk, Region Mittlere Wolga
** Gebiet Tscheljabinsk, Uralregion
*** Gebiet Swerdlowsk, Uralregion
**** Gebiet Molotow (ab 1956 Perm), Uralregion
***** Gebiet Kirow, Region Mittlere Wolga
****** Komi ASSR, Nordwestrussland
******* Region Krasnojarsk, Sibirien
******** Gebiet Amur, Ferner Osten

P.S. Hier werden nicht alle Lager bzw. Einsatzorte des NKWD aufgezeigt und nicht alle Mobilisierungen.

Viktor Krieger (in: Alfred Eisfeld (Herausgeber), „Von der Autonomiegründung zur Verbannung und Entrechtung", Sonderband der Heimatbücher der Landsmannschaft)

Volksgruppe sich während des Krieges in Arbeitslagern befand.[4]

Die Einberufungsquote der Männer lag bei 80 bis 90 Prozent, die der Frauen bei etwa einem Drittel der entsprechenden arbeitsfähigen Jahrgänge. Bei Frauen, die weniger als drei Kinder bzw. keines unter drei Jahren hatten, lag die Einberufungsquote bei nahezu 100 Prozent.

Damit waren die deutschen Familien für viele Jahre getrennt, Tausende von Kindern blieben ohne Aufsicht und Fürsorge. Viele von ihnen kamen in Kinderheime; sie erhielten andere Namen und konnten in der Folge ihre Eltern nicht mehr finden.

Insbesondere in den Jahren 1942 und 1943, als die Baustellen für die Aufnahme dieser großen Anzahl von überwiegend bäuerlichen Häftlingen nicht vorbereitet waren, war die Sterblichkeit außerordentlich hoch. Sie trug genozidale Züge. So kam im Lager Vjatlag im Winter 1942 über ein Drittel der Lagerinsassen ums Leben.[5] Selbst nach Statistiken des NKVD waren zum 1. Januar 1943 rund 26% der Arbeitsarmisten arbeitsunfähig.

Der russische Historiker V. Berdinskich schreibt über die Behandlung der Deutschen in den Zwangsarbeitslagern: „Sinn und Zweck der Überstellung der Russlanddeutschen in die Zuständigkeit des NKVD sei es gewesen, dass diese Mobilisierten ihre Muskelkraft zur Erfüllung des ihnen zugewiesenen Programms restlos zur Verfügung stellen sollten, um ‚vollständig amortisiert' zu sterben."[6] Wer die Arbeitslager überlebte und entlassen wurde, kam zu seinen Angehörigen unter das Regime der Sondersiedlung.



Michail Disterheft: „In der Trudarmee", aus dem Katalog des Internationalen Verbandes der deutschen Kultur zur Ausstellung „Die Natur des Gedächtnisses. Das Gedächtnis der Natur", 2001, von Lew Weibert und Michail Disterheft.

Anmerkungen:

1 *Auman, V. A., Čebotareva, V. G.: Istoria rossijskich nemcev v dokumentach (1763-1992). Moskva, 1993. S. 171.*

2 *Ebenda, S. 172-173.*

3 *Deportation, Sondersiedlung, Arbeitsarmee…, S. 183.*

4 *Krieger, V.: Einsatz im Zwangsarbeitslager. In: Von der Autonomiegründung zur Verbannung und Entrechtung. Die Jahre 1918 und 1941 bis 1948 in der Geschichte der Deutschen aus Russland. Hrsg.: Alfred Eisfeld. Stuttgart 2008, S. 143.*

5 *Berdinskich, V.: Istorija odnogo lagerja (Vjatlag). Moskva 2001, S. 213.*

6 *Berdinskich, V.: Specposelency…, S. 325.*

Eine Bilanz des Schreckens

Zur Erinnerung an den Deportationserlass vom 28. August 1941 wurde der 28. August zum Gedenktag der Deutschen aus Russland in aller Welt. Man kann es jedoch nicht oft genug betonen, dass die Verfolgungen, denen die Deutschen in der Sowjetunion ausgesetzt waren, sich nicht allein auf dieses Datum beziehen. Sie haben vielmehr bereits wesentlich früher begonnen und dauerten noch Jahre danach an. Dr. Viktor Krieger zieht in seinem Artikel „Chronologie der antideutschen Maßnahmen in Russland bzw. der UdSSR" eine Bilanz des Schreckens auch jenseits des 28. Augusts 1941. Wir zitieren einige wenige Passagen aus dem im August 2007 in „Volk auf dem Weg" erschienenen Beitrag:

1914-1918: Insgesamt erleben im I. Weltkrieg etwa 200.000 russische Staatsbürger deutscher Herkunft Zwangsverschickung. Wie viele die Strapazen der Aussiedlung, die lange Fahrt in den überfüllten Zügen und die Entbehrungen in den Bestimmungsorten nicht überlebt haben, lässt sich nicht einmal annähernd feststellen. ***Auf jeden Fall handelt es sich um Tausende Todesopfer.***

1918-1922: Die Zahl der Hunger- und Bürgerkriegsopfer allein unter den Wolgadeutschen – innerhalb und außerhalb der Grenzen des Autonomen Gebiets, die Hungerflüchtlinge mit eingerechnet – wird auf 108.000 geschätzt. Für das Schwarzmeergebiet ist von 50.000-60.000 Toten auszugehen. ***Unter Einbeziehung anderer Siedlungsräume in Sibirien, Zentralasien oder Zentralrussland sind für diese Jahre mindestens 180.000-200.000 Opfer unter der russlanddeutschen Minderheit zu beklagen.***

1924: Eine weitere Hungersnot in der Wolgarepublik von erheblich geringerem Ausmaß als zwei Jahre davor fordert etwa ***5.000 Menschenleben.***

1928-1932: Übergang zur Zwangskollektivierung der selbständigen Bauernwirtschaften, einhergehend mit der restlosen Enteignung der wohlhabenden Bauern ("Kulaken") und ihrer Verbannung nach Kasachstan und in den Hohen Norden. Die Kulakendeportationen betreffen bis zu diesem Zeitpunkt etwa 50.000 Deutsche. ***Mehrere tausend werden von der GPU (Geheimpolizei) verhaftet und abgeurteilt. Die Strafen reichen von dreijähriger Haft bis zum Erschießen.***

1932-1933: Hungerkatastrophe an der Wolga, in Kasachstan und der Ukraine - Folge der überstürzten und unfreiwilligen Kollektivierung. ***Insgesamt sterben nicht weniger als 100.000 Russlanddeutsche an den Folgen der stalinschen "Umgestaltung der Landwirtschaft".***

1937-1938: Die sowjetische politische Strafjustiz verurteilt in diesen zwei Jahren 1.345.000 Personen, von denen 681.692 erschossen werden. Nach den bislang veröffentlichten Op-

ferlisten und der Schätzung der russischen Menschenrechtsorganisation "Memorial" ***kostet der "Große Terror" etwa 55.000 Deutschen das Leben; weitere 20.000 landen im Straflager (GULag).***

1942: Durch Geheime Beschlüsse des GKO vom 10. Januar, 14. Februar und 7. Oktober werden im Laufe des Krieges ca. 350.000 russlanddeutsche Jugendliche, Frauen und Männer zur Zwangsarbeit mobilisiert. ***Dabei sind etwa 60.000-70.000 Lageropfer zu beklagen.***

1941-1945: ***In den Sondersiedlungsorten in Sibirien und Kasachstan kommen aufgrund miserabler Unterbringungsbedingungen und fehlender Lebensmittel etwa 70.000-80.000 Deportierte ums Leben.***

1941-1948: Tausende und Abertausende – ***man kann von nicht weniger als 15.000-20.000 Fällen ausgehen*** – sterben in den Nachkriegsjahren in der Verbannung vorzeitig, vor allem wegen der Hungersnot 1946-47.

Zusammen mit den Umgekommenen in Zwangsarbeitslagern und Sondersiedlungen werden die Gesamtverluste der russlanddeutschen Minderheit in diesen Jahren auf nicht weniger als 150.000 bis 160.000 Menschen geschätzt.

Im Schicksal der Russlanddeutschen spiegelt sich, wie in keinem anderen Volk, der erste Zivilisationsbruch der europäischen Geschichte wider, der mit der Machtergreifung der Bolschewiki eingeleitet wird und mit dem untrennbar das Wort „GULag" verbunden ist:

- wahllose Erschießungen im Bürgerkrieg;
- Lebensmittelrequisitionen, die den millionenfachen Hungertod 1921-22 verursachten;
- restlose Enteignungen der Bauernschaft;
- Deportationen und Zwangsarbeit für mindestens zwei Millionen wohlhabende Bauern (Kulaken);
- durch überstürzte Kollektivierung hervorgerufene Hungernot 1932-33, die wieder Millionen Menschen das Leben kostete;
- Kirchen- und Glaubensverfolgungen;
- Massenterror mit hunderttausendfachen Justizmorden und Einweisungen von Millionen ins Straflager;
- Deportationen seit 1935 und verstärkt nach Ausbruch des II. Weltkrieges;
- und und und...

Auf mindestens 20 Millionen Menschen sollte sich die Zahl der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft in der UdSSR belaufen. Aus unterschiedlichen Gründen mussten die Russlanddeutschen unter diesen und vielen anderen Verbrechen überdurchschnittlich leiden. Nach einer eher konservativen Rechnung sind im Zeitraum 1917-1948 etwa 480.000 deutsche Kinder, Jugendliche, Frauen und Männer vorzeitig ums Leben gekommen: erschossen, erfroren, verhungert, an Entkräftung und Krankheiten aller Art gestorben. Eine gravierende Zahl für eine Ethnie, die Anfang der fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts lediglich um die 1,35 Millionen Menschen zählte.

Aus: Dr. Viktor Krieger, Heidelberg, „Das kollektive Gedächtnis der russlanddeutschen Bundesbürger" (in „Volk auf dem Weg", 10/ und 12/2010)

Die Landesgruppe Niedersachsen der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V.

Ein kurzer Blick auf die ersten Jahre

1951: Ein Jahr nach Gründung der Landsmannschaft im April 1950 verzeichnet ihr Vereinsorgan „Volk auf dem Weg“ bereits acht Landesgruppen. Im Süden waren das Baden-Württemberg, Unterfranken und Oberbayern, in Deutschlands Mitte Hessen und im Norden Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen (mit einer Geschäftsstelle in Hannover).

1952: Beim lutherischen Weltkongress in Hannover im Juli d.J. werden wichtige Referate über das kirchliche Leben der Deutschen aus Russland gehalten und das Buch „Stimme der Stummen“ ihres Sprechers, Superintendent Johannes Schleuning, vorgestellt. Johannes Schleuning war Wolgadeutscher und lebte nach der Ausreise in Braunschweig.



Im großen Rahmen fand die Festveranstaltung zum 60-jährigen Bestehen der Landsmannschaft am 9. Oktober 2010 in Hannover statt.

1953: Das 2. Bundestreffen der Landsmannschaft findet vom 21. bis 23. August in Hannover statt. Die wichtigsten Appelle der Delegierten betreffen die Einbindung der Deutschen aus Russland in die Vertriebenengesetzgebung. Genannt werden vor allem Fragen der Staatsangehörigkeit, des Lastenausgleichs und der beruflichen Gleichstellung russlanddeutscher Akademiker mit denen anderer Flüchtlinge und Vertriebenen.

Zielsetzungen der Gegenwart

Oberstes Ziel des Vorstandes der Landesgruppe Niedersachsen ist die Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Niedersächsischen Landesregierung und allen demokratischen Parteien. Weitere Schwerpunkte sind:

- *Einsatz für die Lösung von Härtefällen bei der Familienzusammenführung im Spätaussiedleraufnahmeverfahren;*
- *Setzen positiver Zeichen durch Veranstaltungen wie Landestreffen oder Gedenkfeiern in Friedland;*
- *Schulung ehrenamtlich tätiger Landsleute;*
- *Betreuung und Unterstützung der Arbeit in den Ortsgruppen;*
- *Förderung der Partnerschaft mit dem Deutschen Kulturzentrum, Gebiet Tjumen.*

Durch das landesweite Projekt „Stark und offen in Niedersachsen“, das von Svetlana Judin und Anna Welz geleitet wird, soll darüber hinaus das ehrenamtliche Engagement von Zuwanderern durch die Einbindung ihrer Aktivitäten in die kooperative Migrationsarbeit in Niedersachsen gestärkt werden.



Eindeutig Stellung gegen Vereinnahmungsversuche von rechtsaußen bezogen Mitglieder der Landesgruppe Niedersachsen der Landsmannschaft bei einer Kundgebung in Friedland.

Erreichtes

Die gute Zusammenarbeit der Landsmannschaft mit der niedersächsischen Regierung wurde in den letzten Jahren vertieft und intensiviert; es gibt regelmäßige Treffen und Gespräche mit Innenminister Uwe Schünemann und dem Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Rudolf Götz. Eine enge Zusammenarbeit in Integrationsfragen besteht mit der CDU-Beauftragten für Spätaussiedler, Editha Lorberg, und der SPD-Landtagsfraktion.



Lilli Bischoff bei einer Gedenkfeier der Landsmannschaft in Friedland mit Niedersachsen Innenminister Uwe Schünemann.

Vertreter der Landesgruppe engagieren sich im Arbeitskreis für Aussiedler und Vertriebenenfragen, und auch in der Integrationskommission des Niedersächsischen Landtages sind Mitglieder der Landsmannschaft vertreten: Lilli Bischoff als ordentliches und Lilli Hartfelder als stellvertretendes Mitglied.
Durch die Intensivierung der politischen und verbandspolitischen Arbeit konnte beispielsweise erreicht werden, dass bei den niedersächsischen Kommunalwahlen am 11. September 2011 fünf Deutsche aus Russland, die der Landsmannschaft angehören bzw. mit ihr in Kontakt stehen, antreten: für die CDU die Vorsitzende der Landesgruppe Niedersachsen, Lilli Bischoff (Barsinghausen), der Vorsitzende der Ortsgruppe Gifhorn, Sergej Eisner, und das Mitglied der Ortsgruppe Osnabrück, Rudolf Pfannenstiel; für die SPD in Friesoythe das Stadtratsmitglied Maria Maul; für die Linken in Quakenbrück das Mitglied des niedersächsischen Landesvorstandes, Andreas Maurer.
Einige weitere Erfolge:

- *Dank der hartnäckigen Bemühungen der Landesgruppe Niedersachsen konnten mehrere bei der Ausreise getrennte Spätaussiedlerfamilien ihre Zusammenführung feiern.*
- *Der Landesvorstand führt regelmäßige Seminare sowie Kulturreferenten- und Sozialreferententagungen zur Schulung ehrenamtlich tätiger Landsleuten durch.*
- *Im Rahmen der „Grenzüberschreitenden Partnerschaftsarbeit der russlanddeutschen Dachverbände“ pflegt die Landesgruppe Niedersachsen Partnerschaftsbeziehungen mit dem Gebietszentrum für Bildung, Methodik und deutsche Kultur Tjumen.*
- *Verdiente Landsleute werden in der Broschüre „Deutsche aus Russland in Niedersachsen:*

Engagement im öffentlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben“ (2008) der Öffentlichkeit vorgestellt.

Veranstaltungen und Akteure

Zu den Traditionen der Landesgruppe Niedersachsen gehören die Landestreffen, die das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen aus Russland stärken und ihre Talente präsentieren. Bisher wurden acht Landestreffen organisiert, zuletzt 2006 in Hannover.
Höhepunkte der Jahre 2010 und 2011 waren die Feier zum 60. Jahrestag der Gründung der Landsmannschaft in Hannover sowie das Sport- und Kulturfest in Friedland.
Seit 2007 veranstaltet die Landsmannschaft ihre zentrale Gedenkfeier zur Erinnerung an die Opfer des Stalinismus unter Federführung der Landesgruppe Niedersachsen im Grenzdurchgangslager Friedland. Festredner der Jahre 2007, 2009 und 2010 war der niedersächsische Minister für Inneres und Sport, Uwe Schünemann; 2008 wurde die Festrede vom Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Dr. Christoph Bergner, gehalten.

Zahlreiche Gruppen der Landsmannschaft in Niedersachsen gestalten die Kulturlandschaft ihrer Orte und Regionen mit, darunter

- *der Senioren-Singkreis „Freundschaft“ aus Delmenhorst;*
- *der Chor „Liane“ aus Diepholz;*
- *der Chor der Ortsgruppe Osnabrück;*
- *der Chor “Vergissmeinnicht” der Ortsgruppe Neustadt;*
- *die Chöre „Klingende Runde“ und „Heimatmelodie“ aus Hannover;*
- *der „Chor der Deutschen aus Russland” aus Wolfsburg;*
- *das Tanzensemble „Rendezvous“ aus Lüneburg;*
- *die Tanzgruppe „Rhythmus“ aus Braunschweig.*

16 Orts- und Kreisgruppen

Die Landesgruppe Niedersachsen der Landsmannschaft setzt sich aus 16 Orts- und Kreisgruppen zusammen, die über das gesamte Bundesland verteilt sind. Kontaktdaten (Vorsitzende und ihre Telefonnummern):

Landesgruppe: Lilli Bischoff, 05035-336.
Barsinghausen: Lisa Krebs, 05105-601056.
Braunschweig: Elisabeth Steer, 05831-5161060.
Celle: Alexander Meng, 05141-882505.
Delmenhorst: Peter Scheifler, 04221-64898.
Emsland: Dr. Waldemar Krieger, 05931-6050.
Gifhorn: Sergej Eisner, 05371-743693.
Göttingen: Nina Schreiner, 05502-2585.
Hannover: Lilli Hartfelder, 05132-57530.
Laatzen: Gerhard Neuwirt, 0511-221629.
Neustadt-Garbsen: Irma Melcher, 05131-52371.
Nienburg: Wendelin Jundt, 05021-3381.
Osnabrück: Frieda Dercho, 0541-65976.
Rotenburg: Innozenz Grad, 04261-848126.
Salzgitter: Valentina Klingspon, 05341-59154.
Soltau-Munster: Oskar Brose jun., 05192-3431.
Wolfsburg: Alexander Rudi, 05361-76002.

Die Ähre - Symbol der Deutschen aus Russland und ihrer Landsmannschaft

Die Deutschen aus Russland sind schon bei mancher Gelegenheit übersehen worden, weil uns ein Wappen fehlte. Ein Landsmann berichtete uns, dass in einem Forschungsinstitut an der Wand die Wappen aller Landsmannschaften hängen – unseres aber fehlte."

So steht es in der September-Ausgabe 1959 des Vereinsorgans der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, „Volk auf dem Weg", zu lesen.

Der darin beschriebene Mangel war für die damaligen Entscheidungsträger der Landsmannschaft Motivation, endlich ein Wappen zu schaffen. Es war das Wappen, das wir bis heute kennen und das beispielsweise jede unserer Publikationen ziert.



Versuche, ein einheitliches Symbol für die Deutschen aus Russland, die in Deutschland leben, zu schaffen, waren bereits früher unternommen worden. In grauer Vorzeit hatte es vier Wappen für Untergruppen der Russlanddeutschen gegeben – für die Deutschen an der Wolga, am Schwarzen Meer, im Kaukasus und auf der Krim. Diese Wappen bzw. Entwürfe hatten sich jedoch nie durchgesetzt.

In den 1950er Jahren entstanden weitere Entwürfe, bis sich endlich bei der Bundesdelegiertenversammlung des Jahres 1959 ein Entwurf des Deutschen aus Russland Otto Herter durchsetzte.

Man entschied sich für ein betont einfach gehaltenes Motiv, das auf eindrucksvolle Weise wesentliche Teile der Geschichte der Volksgruppe zum Ausdruck bringt.

In weiten Abschnitten dieser Geschichte waren die Deutschen in Russland nämlich ein Bauernvolk. Noch 1914 lebten 95 Prozent von ihnen auf dem Land und beschäftigten sich mit Landwirtschaft. Es konnte daher keinen Zweifel daran geben, dass nur ein Symbol aus der Landwirtschaft in Frage kam – und die Ähre versinnbildlicht all das, was mit der Landwirtschaft zusammenhängt. In enger Beziehung zur Landwirtschaft standen auch die von Deutschen in Russland gegründeten Fabriken und Handwerksbetriebe. Am bekanntesten wurde die Firma von Johann Höhn im Schwarzmeergebiet, in der 1912 nicht weniger als 80.000 Pflüge hergestellt wurden, mit denen nicht nur die Schwarzmeerkolonien beliefert wurden, sondern auch andere Gouvernements Russlands bis nach Sibirien.

Die Ähre der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland ruht auf schwarzem Grund, dem zweierlei Bedeutung zukommt:

Zum einen symbolisiert er die fruchtbare schwarze Erde, die zur Grundlage des Wohlstandes der Deutschen in Russland wurde. Der eingangs erwähnte Artikel findet dafür die folgenden Worte:

„Haben unsere Väter und Vorfahren nicht diese schwarze Erde als ihr Glück, als die Segen bringende Erde angesehen, auf der die goldenen Ährenfelder wogten?"

Will man aber, so „Volk auf dem Weg", einen weiteren Sinn in die schwarze Farbe bringen, so ist es die Trauer um die Opfer der stalinistischen Verfolgung vor allem in den 30er und 40er Jahren des vergangenen Jahrhunderts.

Für die damals ums Leben Gekommenen hat es entweder niemals Friedhöfe gegeben oder sie sind nicht mehr, und nur die schwarze Erde bedeckt die Gräber all derer, die uns lieb und teuer waren.